

KOMMUNALPOLITISCHE GRUNDSÄTZE DER SPD MESCHUDE

I. Grundsätze

Ziel der SPD ist es, dafür zu sorgen, daß für jeden einzelnen die freie Persönlichkeitsentfaltung und die selbstverantwortliche Mitwirkung am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben besser als bisher gewährleistet wird. In unserer Stadt findet der Bürger den direkten Kontakt und die Auseinandersetzung mit den verschiedensten Gruppen unserer Gesellschaft; hier erlebt er zuerst Veränderungen. Sozialdemokratische Kommunalpolitik verfolgt deshalb das Ziel, die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu verwirklichen.

Haushaltssicherung - Die Herausforderung der 90er Jahre

Die Städte, Gemeinden und Kreise in NRW stehen in der zweiten Hälfte der 90er Jahre vor ihrer größten finanziellen Herausforderung. Haushaltsbelastungen in Folge der Deutschen Einheit und Probleme der deutschen Wirtschaft schlagen durch bis auf die kommunalen Finanzen. Da zudem noch viele Jahre lang erhebliche Mittel aus dem alten Bundesgebiet in die neuen Länder fließen müssen, ist ein einschneidender Kurswechsel in der öffentlichen Finanzpolitik unvermeidlich. Dies gilt insbesondere für die Gemeinden. Ziel muß es sein, die kommunalpolitische Handlungsfähigkeit zu erhalten.

Aufbau- und Ablauforganisation der kommunalen Verwaltungen stammen noch aus einer Zeit, als die Gemeinden und Kreise überwiegend hoheitliche Aufgaben wahrzunehmen hatten. In der modernen Industriegesellschaft steht jedoch das Dienstleistungsangebot der Kommunen für ihre Bürgerinnen und Bürger weit im Vordergrund. Dem wird die behördliche Organisation der kommunalen Verwaltungen nicht mehr gerecht. So halten örtliche Verwaltungseinheiten bei ihrer Aufgabenerfüllung oft Vergleichen mit der Leistungsfähigkeit der privaten Wirtschaft nicht stand.

Das gegenwärtige System öffentlicher Verwaltung und Dienstleistungen ist strukturell auf ein ständiges Wachstum angelegt.

Öffentliche Aufgaben müssen daher ohne jedes Tabu auf ihre Notwendigkeit hin überprüft werden.

Die SPD wird Verfahrens- und Entscheidungsabläufe in den kommunalen Verwaltungen modernisieren mit dem Ziel, daß sie ihre Aufgaben flexibel und effektiv erfüllen.

Dabei muß die demokratische Lenkung und Kontrolle durch die gewählten Ratsmitglieder erhalten bleiben.

Wir wollen bürokratische oder nicht mehr zeitgemäße Aufgaben abbauen, die Verwaltungen verkleinern und das, was weiterhin öffentlich verwaltet werden muß, produktiver und effizienter erledigen.

Es muß gelingen, kommunale Verwaltung noch bürgernäher und ökonomischer arbeiten zu lassen, um dem immer enger werdenden finanziellen Handlungsspielraum zu begegnen und die Verwaltung zu einem Dienstleistungsbetrieb im besten Sinne zu entwickeln.

Wir werden uns dafür einsetzen, daß

- die Nachteile einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen gegenüber den Vorteilen einzelner abgebaut werden;
- die Interessen der Mehrheit der Bürger den Vorrang vor dem privaten Vorteil einer Minderheit haben;
- die Gruppen, die sich selbst nicht genügend artikulieren können, stärker als bisher berücksichtigt werden.

Sozialdemokratische Kommunalpolitik setzt sich drei Ziele:

1. *Mehr Lebensqualität.* Das bedeutet eine Verbesserung der Lebensbedingungen für die Mehrheit der Menschen. Es hat sich herausgestellt, daß der Vorrang der wirtschaftlichen Interessen soziale Schäden und fatale Umweltschäden nach sich ziehen kann. Deshalb muß Lebensqualität bei den Entscheidungen in der Kommune ein vorrangiges Ziel der Politik sein.
2. *Mehr Chancengleichheit.* Für uns heißt das, Verwirklichung der Gleichstellung von Mann und Frau, eine verstärkte Berücksichtigung aller Bevölkerungsgruppen, mehr Rücksichtnahme in der Planung auf besondere Gruppen unserer Gesellschaft, wie Kinder und Jugendliche, Behinderte, Senioren, Einkommensschwache und ausländische Mitbürger. Für alle Bürger müssen die gleichen Chancen offenstehen, darum fordern wir das kommunale Wahlrecht für die ausländischen Mitbürger.
3. *Mehr Bürgermitwirkung.* Kommunalpolitik muß durchschaubar und bürgernah sein. Die Bürger müssen fortlaufend und möglichst früh über wichtige kommunalpolitische Entscheidungen informiert werden. Den Bürgern müssen Planungsvorgänge durchsichtiger gemacht werden, um sie an den kommunalen Entscheidungen zu beteiligen. Sozialdemokraten ermitteln die Bedürfnisse der Bürger und setzen sie in der Kommunalpolitik um. Die Bezirksausschüsse in Remblinghausen, Olpe und Freienohl haben sich bewährt. Wir fordern die Einsetzung von Bezirksausschüssen für die gesamte Stadt. Ausbau von Mitsprache und Mitverantwortung der Bürger stärken demokratisches Leben und kommunale Selbstverwaltung.

II. Wirtschaften in sozialer und ökologischer Verantwortung

Der strukturelle Wandel in der deutschen Wirtschaft stellt neue und hohe Anforderungen an die kommunale Wirtschaftspolitik. Es gilt, die Möglichkeiten des technischen und strukturellen Wandels für eine sozial- und umweltverträgliche Entwicklung der Gesellschaft gezielt zu nutzen.

Den strukturellen Wandel nutzen

Die Sozialdemokraten wollen gestaltend auf die Prozesse des strukturellen Wandels einwirken, damit sozial- und umweltverträgliche Ergebnisse erreicht werden. Sozialdemokratische kommunale Wirtschaftspolitik ist Strukturpolitik mit folgenden Schwerpunkten.

- Anwendung neuer Technologien und Verfahren für neue Produkte und neue Dienstleistungen vor allem zur Sicherung und Wiederherstellung der natürlichen Umweltressourcen.
- Ausbau der wirtschaftsnahen sozialen und technischen Infrastruktur.
- Qualifizierung der Beschäftigten.
- Erschließung von Marktnischen, um neue Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeitslose zu eröffnen.
- Konzentration der Förderung auf kleine und mittlere Unternehmen.

Um die sozial erwünschte Verwendung der öffentlichen Mittel sicherzustellen, sollten folgende Auflagen bei der Vergabe gemacht werden:

- Befristeter Baubeginn,
- Verpflichtung, eine angemessene Anzahl Arbeitsplätze einzurichten,
- Schutz der Umwelt und Ausschluß von Umweltschäden auch nach der Förderung,
- Rückkaufrecht für die Stadt bezüglich der Grundstücksflächen bei Nichterfüllung der Auflagen,
- Ausschluß von Bedingungen, die zu außergewöhnlichen Belastungen der Kommune und der Allgemeinheit führen
- Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Gesamthochschule und der Stadt.

Gezielte Förderung der Umwelttechnik

Sozialdemokraten setzen sich für eine gezielte Förderung umwelttechnischer Innovationen ein, um den neuesten Stand der Umwelttechnik in der Produktion zu erreichen.

Dabei verfolgen wir folgende Schwerpunkte:

- Entwicklung und Anwendung neuer Techniken und Verfahren zur Vermeidung von Produktionsrückständen, zur recyclingfreundlichen Konstruktion und Produktion, zur Wiedergewinnung von Wertstoffen aus Hausmüll und aus betrieblichen Produktionsprozessen zur Realisierung geschlossener Wertstoffkreisläufe (Kreislaufwirtschaft)
- Förderung der Zusammenarbeit der Hochschulen und der wissenschaftlichen Institute mit den kleinen und mittleren Unternehmen.
- Erweiterung der technologieorientierten beruflichen Ausbildung und Qualifizierung um arbeitswissenschaftliches und organisatorisches Wissen.
- Bereitstellung geeigneter Flächen für Produktion, Dienstleistung und für die wirtschaftsnahe Infrastruktur.

Sozialdemokratische kommunale Wirtschaftspolitik enthält als integrativen Bestandteil die Berufswahlorientierung, die Wiedereinstiegsqualifizierung für Frauen und die Unterstützung der Betriebe bei der Verwirklichung betrieblicher Frauenförderung.

Einsatz für Frauenarbeitsplätze

Überaus angespannte öffentliche Haushalte sowie die in der Industrie und im produzierenden Gewerbe ablaufenden Rationalisierungsprozesse gefährden in starkem Maße Frauenarbeitsplätze. Diese Arbeitsplatzverluste sind nur zum Teil durch neue Dienstleistungsarbeitsplätze auszugleichen.

Sozialdemokratische Wirtschaftsförderungspolitik fühlt sich daher in besonderem Maße der Schaffung neuer Arbeitsplätze für Frauen verpflichtet.

Lokale Beschäftigungsinitiativen

In Zusammenarbeit mit den Organisationen der Wirtschaft, den Gewerkschaften und den Wohlfahrtsverbänden sind besondere Trägerkonzepte für Beschäftigungsinitiativen und für neue Unternehmen zu entwickeln.

III. Bewährungsprobe für den Sozialstaat

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung läßt keine Zeichen für eine Verbesserung der Beschäftigungslage erkennen. Besonders betroffen sind geringqualifizierte und leistungsgeminderte Erwerbstätige. Auch mit Blick auf knapper werdende Mittel macht es keinen Sinn, die Erwerbslosigkeit von Frauen und Männern über die Sozialhilfe zu finanzieren. Bestreben der Politik muß sein, allen erwerbsfähigen und arbeitsplatzsuchenden Menschen Beschäftigung und Einkommen zu sichern. Beschäftigungsmaßnahmen und -projekte, die stufenweise an den allgemeinen Arbeitsmarkt heranzuführen, sind daher unverzichtbar.

Ausgrenzung verhindern - Gewalt stoppen

Zentrales Anliegen der SPD ist, die Zwei-Drittel-Gesellschaft zu verhindern und ein solidari-

ches Gemeinwesen aufzubauen. Ausgrenzung und Isolation von Menschen und ganzen Bevölkerungsgruppen müssen beendet werden. Der zunehmender Gewalt ist Einhalt zu gebieten.

Neben den Aufwendungen zur Vermeidung materieller Not müssen weiterhin Mittel für vorbeugende und vorsorgende Maßnahmen und zur Wiedereingliederung zur Verfügung stehen. Selbsthilfepotentiale sind anzuregen und zu fördern. Bestehende Hilfen und Maßnahmen müssen kritisch auf ihre Wirksamkeit überprüft werden, wo nötig sind andere Prioritäten zu setzen. Dabei sind Kooperation und politische Konsensbildung mit den tragenden gesellschaftlichen Gruppen und den Institutionen der freien Wohlfahrtspflege sicherzustellen. Die Verantwortung für politische Maßnahmen und Programme muß mit solider Finanzierung einhergehen.

Als eine der wichtigsten kommunalpolitischen Aufgaben in der Stadt Meschede sieht die SPD die Verbesserung und Koordination der sozialen Leistungen.

Wir bejahen die Arbeit der freien Träger und sind bereit, diese zu unterstützen.

Offen für die „jungen Alten“

Der Anteil der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung ist in den letzten Jahrzehnten ständig gestiegen. Dieser Trend wird sich fortsetzen.

Wer heute aus dem Erwerbsleben ausscheidet, hat im Durchschnitt noch ein Viertel seines Lebens vor sich. Es ist ein neuer, dritter Lebensabschnitt, der nicht selten dreißig Jahre umfassen kann. Die in Berufs- und Familienarbeit gewonnenen Erfahrungen und Fähigkeiten dieser „jungen Alten“ sind mehr als bisher in die Konzeption der Altenpolitik einzubeziehen.

Eine Neuorientierung in der Altenpolitik und demografische Veränderungen erfordern einen Umbau in den Systemen der Altenhilfe. Unterschiedlichen regionalen und sozialen Strukturen ist dabei Rechnung zu tragen.

Die SPD in Meschede hat den Seniorenbeirat gefordert und durchgesetzt.

Die Einführung der Pflegeversicherung ist zur Alterssicherung dringend und unabdingbar.

Hilfe zur Selbständigkeit

Die Ziele in der Altenpolitik sind:

1. Erhaltung und Förderung der Selbständigkeit und Selbstverantwortung,
2. Auf- und Ausbau ambulanter, teilstationärer und stationärer Dienste, wobei den ambulanten Hilfen und den heimeretzenden Diensten Vorrang einzuräumen ist. Langfristig muß erreicht werden, daß soziale, ambulante und teilstationäre Dienste und Einrichtungen wohnortnah und flächendeckend angeboten werden.
3. Beratung und Unterstützung der betreuenden und pflegenden Angehörigen.
Zu den Schwerpunkten der neuorientierten Politik gehören für die SPD eine Verstärkung von Maßnahmen zwischen Arbeit und Ruhestand sowie Motivation und Einbeziehung von „jungen Alten“ in die Altenpolitik. Wichtig ist eine konzeptionelle Weiterentwicklung von Seniorenbegegnungs- und Tagesstätten. Sie sollen auch qualifizierte Leistungen - wie Mittagstisch, Beratung, Tagesstrukturierung und Lebenshilfen anbieten.

Altersgerechte Wohnformen

Alte Menschen brauchen Wohnungen, die ihnen ein Höchstmaß an Selbständigkeit ermöglichen. Notwendig sind Beratungsstellen für Wohnberatung und Wohnraumanpassung sowie die altersgerechte Umgestaltung und Anpassung bestehenden Wohnungen, um Alterserschwerisse und -risiken des Wohnens zu verhindern. Durch Bereitstellung von Umzugshilfen kann der Wechsel von großen in kleinere, altengerechte Wohnungen erleichtert werden. Not-

rufdienste sind einzurichten.

Erprobung neuer Wohnformen

Gleichzeitig ist der Bau weiterer Seniorenwohnungen notwendig. Eine Alternative zum Heimaufenthalt sind betreute Wohnformen, die selbständiges Wohnen und eigenes Wirtschaften erlauben, im Bedarfsfall (bei Hilfebedürftigkeit) jedoch die Inanspruchnahme weiterer Dienste erfordern (als heimverbundene Einrichtung oder durch Sozialdienste betreut). Die ambulanten sozialen Leistungen, die es alten Menschen ermöglichen, sich weiterhin selbst in ihren Wohnungen zu versorgen, werden in großer Zahl von Zivildienstleistenden erbracht.

Wenn der Bund die Zuschüsse für Zivildienstleistende kürzt, wird das für viele Seniorinnen und Senioren den Umzug ins Altenwohn- oder Pflegeheim bedeuten eine zum Teil menschenunwürdige und volkswirtschaftlich unsinnige Alternative

Sinnvoll ist schließlich die Erprobung neuer Wohn- und Lebensformen in Wohngemeinschaften mit gemeinschaftlichen/r Einrichtungen/Haushaltsführung, jedoch bei unabhängiger und selbständiger Lebensführung,

Unterstützung für pflegende Angehörige

Die SPD will die Schaffung von Tagespflegeheimen, in denen Behandlung, Pflege und Therapie angeboten werden. Über den Betreuungsaufenthalt hinaus sollten gezielt Beschäftigungsangebote, soziale Betreuung und rehabilitative Maßnahmen eingesetzt werden. Die Tagespflege stellt gleichzeitig eine psychische und psychische Entlastung der pflegenden Angehörigen dar.

Notwendig ist auch die Schaffung von Kurzzeitpflegeplätzen für die zeitlich befristete, vorübergehende Aufnahme betreuungs- und pflegebedürftiger Menschen in stationären Einrichtungen. Denn Kurzaufenthalte senken den Bedarf an stationären Plätzen in Senioren- und Pflegeheimen und entlasten ebenfalls die pflegenden Familienangehörigen. Selbsthilfekraft der Familien, den alten Menschen weiterhin in seiner familiären Umgebung zu betreuen.

Schaffung neuer Pflegeheimplätze

Durch den Ausbau der ambulanten Dienste wird die Nachfrage nach Seniorenheimplätzen sinken. Vorhandene Seniorenheimplätze können in Pflegeplätze umwandelt werden. Weil die Zahl hochbetagter Menschen weiter ansteigt, ist dennoch die Schaffung weiterer Pflegeheimplätze unerlässlich.

Notwendig sind außerdem besondere Angebote für gerontopsychisch erkrankte und altersverwirrte Menschen in Senioren- und Pflegeheimen, um Isolation und Stigmatisierung in speziellen Heimen und Stationen entgegenzuwirken. Dafür sind eigene Konzepte zu entwickeln, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen entsprechend zu qualifizieren.

Förderung der Selbsthilfe

Beratungsdienste werden bereits von verschiedenen Einrichtungen und Organisationen (von Kommunen und Kreisen, von Sozialdiensten der Krankenhäuser, von Sozialstationen, von Krankenkassen, Kirchen, Gewerkschaften u.a.) als integrierte Leistung angeboten. In alle Beratungskonzepte ist die Aktivierung und Förderung der Selbsthilfe aufzunehmen. Zusammenarbeit und gegenseitige Information mit dem Ziel einer Leistungsverbesserung sind zu organisieren.

Sozialdemokraten bemühen sich um eine stärkere Einbeziehung der Behinderten in die Gesellschaft. Dazu gehört vor allen Dingen die Schaffung baulicher Voraussetzungen bei allen öffentlichen und sozialen Einrichtungen.

Weiterhin halten wir eine laufende Untersuchung über die Situation der Behinderten im Stadtgebiet für unbedingt erforderlich, um je nach Ergebnis entsprechende Maßnahmen zu Verbesserung ihrer Situation ergreifen zu können. Notwendig ist die Herausgabe einer Broschüre „Eingliederung Behinderter“, in der die Behinderten über alle notwendigen und möglichen Hilfen informiert werden. Gleiche Chancen in Bildung und Ausbildung müssen auch behinderten Kindern angeboten werden.

Dies ist durch eine weitgehend gemeinsame Erziehung aller Kinder zu erreichen.

IV. Umwelt

1. Mensch und Umwelt gehen vor

Das Umweltbewußtsein der Bürger bestimmt in hohem Maße die Umweltqualität in unserer Stadt.

In der Überzeugung, daß sich wirtschaftliche Weiterentwicklung und schonender Umgang mit der Natur nicht gegenseitig ausschließen, werden wir uns bei der kommunalen Wirtschaftsförderung für Rahmenbedingungen einsetzen, die beides in Einklang bringen. Die Vermeidung von Umweltbelastungen muß Vorrang vor ihrer nachträglichen Beseitigung haben. Das Verursacherprinzip muß durchgesetzt werden.

Schäden dürfen nicht der Allgemeinheit angelastet werden.

Für eine aktive Mitwirkung des Bürgers, die über Diskussionen und Erörterungen in Bürgeranhörungen hinausgeht, bieten gerade ökologische Maßnahmen weiten Raum.

Die Mitarbeit bürgerschaftlicher Organisationen läßt Umwelt zum mitgestalteten Lebensraum werden.

Verkehrsberuhigung auch mit geringerem Aufwand

Die Wohngebiete müssen vor quartierfremdem Verkehr geschützt, Autofahrer in diesen Bereichen zu einem angemessenen Tempo veranlaßt werden. Dabei kann man angesichts der angespannten Haushaltslage nicht mehr an eine komplette bauliche Umgestaltung des Straßenraumes denken.

Aber auch ohne die hohen Standards der vergangenen Jahre lassen sich wirksame Maßnahmen zur Verminderung des Verkehrs und zur Geschwindigkeitsreduzierung treffen. Eine Forderung an die Bundesregierung bleibt hierbei, die Höchstgeschwindigkeit innerhalb geschlossener Ortschaften auf 30 km/h zu begrenzen.

Mehr Güter auf die Schiene

Der durch den Binnenmarkt zu befürchtende weitere Anstieg des gewerblicher LKW-Verkehrs

wird angesichts der vorhandenen Straßenkapazität schon bald zu einem Kollaps führen. Deshalb müssen Ferntransporte in verstärktem Maße auf die Eisenbahn und die Binnenschifffahrt verlagert werden. Ein Ausbau - vor allem der Schienenwege - muß daher Vorrang vor weiteren Ergänzungen des Straßennetzes haben. Insbesondere Gefahrgut darf zukünftig nur in Ausnahmefällen über die Straße transportiert werden.

In Städten und Gemeinden sind Verkehrslenkungskonzepte für den Güterverkehr integrale Bestandteile der Gesamtverkehrsplanung. Innenstädte in Verdichtungsgebieten müssen durch den flächendeckenden Aufbau dezentraler Logistikeinrichtungen von Schwerlastverkehr freigehalten werden. Derartige Güterverkehrszentren an wichtigen Schnittstellen der einzelnen Verkehrsträger untereinander plazierte bringen letztlich mehr Mobilität auch für die Wirtschaft bei gleichzeitig verbesserter Auslastung der Transportkapazitäten.

Verkehr

Die Verkehrsprobleme brennen den Menschen auf den Nägeln wie kaum ein anderes kommunalpolitisches Thema. Konflikte gibt es vor allem rund um den motorisierten Individualverkehr. Die Auswirkungen stetig zunehmenden Autoverkehrs auf die Umwelt machen ein drastisches Umsteuern erforderlich. In einer gesamtwirtschaftlichen Betrachtung, in die auch die Unfallfolgekosten eingehen, zeigt sich deutlich, daß es zu einem weiteren Ausbau des öffentlichen Verkehrs unter Zurückdrängung des Individualverkehrs keine Alternative gibt

Grundlage für die Lösung der Verkehrsprobleme der Stadt Meschede ist der Generalverkehrsplan. Seine Zielsetzungen haben Eingang gefunden in den Flächennutzungsplan und die Bebauungspläne. Der Generalverkehrsplan ist ggf. zu überprüfen und weiter zu entwickeln. Zwischen den Ortsteilen müssen gute und sichere Straßen und ein ausreichendes Angebot des öffentlichen Nahverkehrs die nötigen Verbindungen sichern.

Für den großräumigen Verkehr fordern wir den zügigen Weiterbau der A-46.

Die obere Ruhrtalbahn muß als leistungsfähiger Schienenweg erhalten bleiben.

Weitere Straßenbauvorhaben sind auf ihre Notwendigkeit und Umweltverträglichkeit zu überprüfen.

Auf der Grundlage des Radwegeplanes ist das Angebot für Radfahrer und Fußgänger zu ergänzen und zu verbessern.

Alle Maßnahmen, den Kfz-Verkehr in Wohngebieten zu vermindern und die Verkehrsgeschwindigkeit zu reduzieren, sollen unterstützt werden.

Beteiligung der Bürger

Eine neue Verkehrspolitik braucht den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern. Auch wenn eine Politik der Förderung des Umweltverbundes und der Einschränkungen des Individualverkehrs vom Grundsatz her die Zustimmung der meisten Menschen findet, bedarf die konkrete Umsetzung einer ständigen Beteiligung der Betroffenen. Der Öffentlichkeitsarbeit der Gemeinden kommt hier eine große Bedeutung zu.

Schon im Vorfeld müssen die Ziele einer integrierten Verkehrsplanung dargestellt werden, die allen mehr Lebensqualität bringt. Das Bewußtsein für einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Auto wächst in weiten Teilen der Bevölkerung. Die zunehmende Zahl von Fahrgemeinschaften und Car-sharing-Projekten sind hierfür nur ein erstes Anzeichen.

2. Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen

Umweltbelastungen bedrohen uns alle. Die Bewahrung der Lebensgrundlagen und die ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft sind die wesentlichen Voraussetzungen, um auch in Zukunft ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Wir brauchen sauberes Wasser,

reine Luft und unbelasteten Boden.

Kommunalpolitik allein wird die ökologischen und ökonomischen Probleme nicht lösen können. Jedoch ohne verantwortliches Handeln vor Ort, ohne kommunalpolitischen Durchsetzungswillen läßt sich die aufwendigste und wohlmeinendste Umweltpolitik nicht durchsetzen.

Für die SPD steht fest: Gemeinden, Städte und Kreise leisten einen unverzichtbaren Beitrag für die ökologische Erneuerung unserer Gesellschaft. Umweltpolitik ist allerdings in Kommunal-, Regional- und Landespolitik, in Bundespolitik und zunehmend in die europäische Politik eingebunden.

Naturschutz als Daseinsvorsorge

Erfolgreiches kommunalpolitisches Handeln zur Verbesserung unserer Umwelt setzt „integriertes Planen“ für alle verantwortlichen Politikbereiche wie Städtebau, Verkehr, Grünplanung, Naturschutz, Landschaftspflege, Luftreinhaltung, Wasserwirtschaft, Energieversorgung usw. voraus.

Für eine aktive Mitwirkung des Bürgers, die über Diskussionen und Erörterungen in Bürgeranhörungen hinausgeht, bieten gerade ökologische Maßnahmen weiten Raum. Die Mitarbeit bürgerschaftlicher Organisationen läßt Umwelt zum mitgestalteten Lebensraum werden. Auch Naturschutz und Landschaftspflege sind wichtige Beiträge zur Daseinsvorsorge.

Ökologische Erneuerung vor Ort

Unsere Umwelt erleben wir zum einen als natürliche, aus Boden, Wasser, Luft, Pflanzen und Tieren bestehende, zum anderen aber auch als bebaute und soziale Umwelt. Ökologisch orientierte, gestaltende Politik in den Kommunen ist daher immer zugleich auch Städtebau-, Sozial- und Strukturpolitik.

Sozialdemokraten setzen sich mit der Politik der ökologischen Erneuerung für einen humanen Fortschritt ein, wobei der Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensraum des Menschen sozial- und umweltverträglich weiterentwickelt wird.

Unser Ziel ist es, daß bei kommunalen Planungen

- Umweltverträglichkeitsuntersuchungen und -prüfungen durchgeführt werden,
- Freiräume und wertvolle Ökosysteme geschützt und entwickelt werden,
- Erholungs- und Freizeitbereiche erhalten und ausgebaut werden,
- Wohnumfeldbereiche gestalterisch verbessert werden,
- Standorte von Industrie- und Gewerbebetrieben in Gemengelage bei Verringerung betriebsbedingter Emissionen gesichert werden,
- Verkehrssysteme des öffentlichen Personennahverkehrs verbessert werden.

Umweltschutz im ländlichen Raum

Jahrhunderte lang prägte die bäuerliche Landwirtschaft die kleingliedrige Kulturlandschaft in den ländlichen Bereichen Nordrhein-Westfalens. Die Strukturveränderungen der letzten 20 Jahre haben allerdings in der Landwirtschaft zu erheblichen Problemen geführt. Eine Vielzahl der Betriebe hat ihre Existenz aufgeben müssen oder steht unmittelbar davor.

Das hat unter anderem zu einer Intensivierung der Bewirtschaftung geführt. Daraus entstehen Probleme wie

- Grundwassergefährdung durch Überdüngungen,
- Auslaugen der Böden,
- Zerstörung der Landschaft.

Die SPD in Meschede unterstützt die Landesregierung in ihrem Bemühen, ökologisch wirtschaft-

tende Betriebe besonders zu fördern.

Gleichzeitig wird versucht, der Landwirtschaft durch touristische Angebote neue Einkommensquellen zu erschließen. Sport- und Freizeitangebote wie Golf, Reiten, Radfahren, Wassersport, Klettern und dergleichen bedeuten aber auch eine Gefährdung der Natur und Landschaft. Eine verantwortungsvolle Abwägung der Interessen ist daher eine wichtige Aufgabe der Kommunalpolitik.

Der ländliche Raum bedarf als Refugium für die Natur um ihrer selbst willen, aber auch als Erholungsraum für den Menschen des besonderen Schutzes.

Kraftanstrengung Gewässerschutz

Der Schutz und die Reinhaltung der Gewässer sind weiterhin ein wesentlicher Schwerpunkt der Umweltpolitik. Eine funktionsfähige Abwasserbeseitigung ist ein wichtiger Bestandteil dieser Politik, denn Belastungen aus diesem Bereich wirken nicht nur lokal, sondern betreffen auch fernere Regionen. Die Ereignisse in der Nordsee (Robbensterben und Algenwachstum) sollten nicht in Vergessenheit geraten.

Sozialdemokraten machen deutlich, daß sich alle ihrem Anteil entsprechend an diesen großen Kraftanstrengungen zur Reinigung der Abwässer und damit an der Gewässersanierung beteiligen müssen. Gebühren und Beiträge müssen nach dem Verursacherprinzip insgesamt kostendeckend erhoben werden.

Gewässerschutz umfaßt aber auch den Schutz von stehenden und fließenden Oberflächengewässern sowie den Schutz des Grundwassers vor schädlichen Stoffen. Soweit erforderlich und möglich werden Sozialdemokraten alle Anstrengungen zur Gewässerrenaturierung unternehmen. Sie werden sich dabei auch der Instrumente des Regenwassermanagements und des Grundwasserkatasters bedienen.

3. Vorrang für Abfallvermeidung

Die Abfallwirtschaft muß ökologisch verantwortlich organisiert werden. Dabei gilt

Abfallvermeidung ist wichtiger als Abfallverwertung
Abfallverwertung ist wichtiger als Abfallbeseitigung

Nicht vermeidbare und nicht verwertbare Abfälle müssen auf hohem Sicherheitsniveau und mit moderner Technologie behandelt und entsorgt werden.

Bundespolitische Handlungsdefizite und unzureichende bundesrechtliche Vorgaben schränken den Spielraum für eine fortschrittliche und ökologisch vertretbare kommunale Abfallpolitik deutlich ein. Trotzdem bleiben den Kommunen erhebliche Spielräume, die es auszuschöpfen gilt und die im Rahmen kommunaler Abfallwirtschaftskonzepte als örtliche Abfallpolitik zu formulieren und umzusetzen sind.

Sozialdemokraten treten dafür ein, daß möglichst viele Wertstoffe getrennt erfaßt bzw. in entsprechenden Anlagen aus Abfällen zurückgewonnen und stofflich wiederverwertet werden.

Dabei sind Schadstoffe zu minimieren und die Restabfälle so zu behandeln, daß sie umweltverträglich entsorgt werden können.

Mit Hilfe moderner Technologien nach neuesten technischen Erkenntnissen kann Abfallentsorgung verträglich für Mensch und Umwelt gestaltet werden.

Sozialdemokraten werden sich in den Kommunen dafür einsetzen, daß die Bedeutung einer funktionierenden Abfallwirtschaft erkannt und die unverzichtbare Infrastruktur für die notwendige Abfallbehandlung und -entsorgung geschaffen wird.

Energie und Ökologie

Sozialdemokraten fordern eine grundlegende Reform der Energieversorgung. Potentiale zur Energieeinsparung, zur rationellen Energienutzung und zum Einsatz erneuerbarer Energien sind zu erschließen und auszuschöpfen. Die Energieversorgung muß sich den ökologischen Erfordernissen anpassen. Bei der Sicherung der Energieversorgung sieht sich dieses Land in einer besonderen Verantwortung gegenüber der heimischen Kohle.

Sozialdemokratische Kommunalpolitiker setzen sich für Kraft-Wärme-Kopplung, den Ausbau des Fernwärmenetzes und die Einspeicherung erneuerbarer Energien in das Stromnetz ein.

Gemeinden müssen Vorbild beim Energieverbrauch sein. Die SPD fordert die Aufstellung und Umsetzung örtlicher und regionaler Energiekonzepte, die sämtliche Möglichkeiten der rationellen Energienutzung und der Energieeinsparung aufspüren. Öffentliche Gebäude und Anlagen sind etwa auf Wärmedämmung, Modernisierung der Heizungsanlagen, neue Steuerungsanlagen, Einsatz anderer Energieträger sowie Nutzung erneuerbarer Energien zu prüfen. In diesem Sinne sind auch Privatverbraucher und Sonderabnehmer zu beraten.

Sanfter Tourismus und Aufklärung

Wer sich auf Dauer an der Landschaft erfreuen und in der Natur erholen will, muß sie erhalten und schützen. Wir setzen uns für folgende Grundsätze ein:

- Die Errichtung von natur- und landschaftsbezogenen Freizeiteinrichtungen sollte so an vorhandene Siedlungen angebunden werden, daß hierdurch weiterer Landschaftsverbrauch und zusätzlicher Erholungsverkehr soweit wie möglich vermieden werden.
- Naturnahe und ökologisch empfindliche Bereiche müssen von Freizeiteinrichtungen freigehalten werden. Soweit wasserverbundene Freizeitanlagen Anschluß an ein Ufer brauchen, muß dies auf einen möglichst eng begrenzten kleinen Uferbereich beschränkt bleiben.
- In stark von Besuchern frequentierten Naturschutzgebieten ist die Erholung unter ökologischen Gesichtspunkten zu lenken. In bestehenden bzw. neu zu errichtenden Informationszentren (biologische Stationen) sollen die Erholungssuchenden vermehrt über den Wert und die ökologische Bedeutung der Schutzgebiete aufgeklärt werden.
- Konzepte des „sanften Tourismus“ sollen im wirtschaftlich benachteiligten, landschaftlich reizvollen und ökologisch empfindlichen Regionen zur Anwendung kommen, zumal sie neue Arbeitsplätze zu schaffen in der Lage sind.

V. Mehr Wohnraum - mehr Lebensqualität

Ziel sozialdemokratischer Wohnungspolitik ist es, die Befriedigung des elementaren menschlichen Bedürfnisses nach einer angemessenen Wohnung für alle Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten.

Dieses Ziel ist in Meschede noch nicht erreicht. Hier fehlen vor allem gut ausgestattete, familien-, behinderten- und altersgerechte Mietwohnungen. Um das soziale Grundrecht des Bürgers auf eine angemessene Wohnung zu verwirklichen, bemühen sich Sozialdemokraten um ein Wohnungsangebot, das es allen Haushalten ermöglicht, eine nach Lage, Größe, Ausstattung und Preis angemessene Wohnung zu finden.

Der Bedarf hat den Ausschlag bei der Versorgung mit Wohnungen zu geben. Sozialdemokraten unterstützen deshalb die Ausweisung von Bauland für den Bau von Mietwohnungen, Eigentumswohnungen und Eigenheimen.

Bei der Verwirklichung der Ziele ist darauf zu achten, daß der Bürger eine Wohnumwelt erhält, in der er seine Individualität entfalten und sich zu Hause fühlen kann, die zu sozialen Kontakten und bürgerschaftlichem Handeln anregt, die weitmöglich frei von Gefährdung und Belästigung ist.

Ausreichender Wohnraum zu bezahlbaren Preisen

Die Wiederherstellung eines ausreichenden Wohnungsangebotes gehört daher zu den wichtigsten Aufgaben sozialdemokratischer Kommunalpolitik. Aktive Wohnungspolitik ist dabei auch ein Baustein der Strukturpolitik. Unternehmen brauchen Wohnungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Bund und Land tragen einen Großteil der finanziellen Verantwortung. Die Kommunalpolitik kann in diesem Bereich ergänzend tätig werden, indem durch Spitzenfinanzierung zusätzlicher Wohnraum geschaffen wird und preiswerte Wohnungsbestände gesichert werden.

Die Schaffung neuer Wohnungen gehört zu einer der wichtigsten kommunalpolitischen Aufgaben. Die SPD wird daher im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten vor Ort die Förderprogramme des Landes durch entsprechende kommunale Maßnahmen ergänzen. Diese kommunalen Maßnahmen zielen insbesondere auf die Erstellung von Sozialwohnungen und die Bildung von Wohneigentum für Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen.

Den Ansprüchen von alten Menschen, Behinderten, Familien mit Kindern, Alleinerziehenden und Alleinstehenden muß Rechnung getragen werden. Die Stadt Meschede soll solche Vorhaben besonders unterstützen und Bauwillige beraten.

Neues Bauland wird benötigt

Zusätzliches Bauland ist zu mobilisieren, indem

- alle Baulandreserven überprüft werden,
- neues Planungsrecht geschaffen wird,
- die neuen rechtlichen Möglichkeiten nach dem Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz ausgeschöpft werden.

Neuflächen durch die Gemeinden aufgekauft und diese preiswert für den sozialen Wohnungsbau und Eigentumsmaßnahmen für Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen zur Verfügung gestellt werden, in der Verwaltung eine zentrale Anlaufstelle zur Baulandmobilisierung eingerichtet wird.

Mehr Wohnraum - mehr Lebensqualität

Die gegenwärtig fertiggestellten neuen Wohnungen reichen dennoch bei weitem nicht aus, um den in ganz Deutschland immer noch bestehenden großen Fehlbestand rasch zu beseitigen. Dies führt insbesondere bei Menschen mit geringerem Einkommen dazu, daß das Grundbedürfnis nach Wohnraum nicht mehr erfüllt werden kann. Aber auch Familien mit mittleren Einkommen stehen zunehmend vor der Schwierigkeit, eine noch bezahlbare Wohnung zu finden.

Auf Investoren zugehen

Die sozialdemokratische Kommunalpolitik sucht das Gespräch mit potentiellen Investoren und den bereits heute am Markt tätigen privaten Investoren und Wohnungsunternehmen. Gemeinsam soll geklärt werden, wie zusätzlicher Wohnungsneubau erfolgen und die preiswerten Wohnungsbestände gesichert werden können. Hierfür werden in den Kommunen zentrale Anlaufstellen „Wohnen“ eingerichtet, die alle wohnungspolitischen Maßnahmen der jeweiligen Gemeinde koordinieren und die auch die Aufgabe haben werden, Investoren im Wohnungsbau die Wege in der Verwaltung zu erleichtern. Jeder Investor soll nur noch einen Ansprechpartner in der Verwaltung haben.

Die Anstrengungen zur Bestandssicherung werden durch besondere Angebote zum Aufkauf von Belegungsrechten und zur Förderung des Wohnungstausches sowie andere Maßnahmen

weitergeführt.

Ökologisches und energiesparendes Bauen

Angesichts der weltweiten Klimaänderung durch Abgase dürfen technische Standards zum Beispiel zur Wärmedämmung nicht in einen Gegensatz zur Schaffung preiswerten Wohnraums gesetzt werden. Im Gegenteil- Ökologische Bauformen und energiesparende Maßnahmen bis hin zum Niedrigenergiehaus müssen sogar verstärkt Eingang in den Wohnungsbau finden.

Zukunftsorientierte Städteplanung

Die verstärkte Neubautätigkeit muß eingepaßt sein in eine zukunftsorientierte moderne Stadtentwicklungspolitik. Diese hat im Sinne des Handlungskonzeptes der Landesregierung einen sachgerechten Ausgleich zwischen den Belangen des Natur- und Landschaftschutzes und des Wohnungsneubaus sicherzustellen.

Es darf nicht, wie in früheren Zeiten, zu einer unkoordinierten Inanspruchnahme und Zersiedelung der Landschaft kommen. Andererseits darf die bauliche Weiterentwicklung der Städte und Gemeinden nicht blockiert werden. Deshalb ist besonderer Wert auf die Innenentwicklung und die Arrondierung der Städte und Gemeinden zu legen. Stadtentwicklung muß sich an den naturräumlichen und verkehrlichen Gegebenheiten orientieren. Ziel einer integrierten Stadtplanung muß eine optimale Vernetzung von Wohnen, Arbeiten und Freizeitgestaltung sein. Natürliche Freiräume sollen dabei - wenn irgend möglich - erhalten werden.

Integrierte Stadtentwicklungspolitik und zukunftsweisende Wohnungspolitik müssen offen sein für neue Wohnformen, die den gewandelten Lebensbedürfnissen der Menschen entsprechen. Den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen ist in besonderem Maße Rechnung zu tragen. Auf menschengerechte Gestaltung des Wohnumfeldes und Vermeidung von Kraftfahrzeugverkehr darf eine integrierte Stadtplanung auch unter veränderten Finanzbedingungen nicht verzichten. Hierbei werden jedoch nicht alle Standards früherer Jahre, zum Beispiel bei Verkehrsberuhigungen, aufrechterhalten werden können.

Die Stadt Meschede soll nach den Vorgaben der Landesentwicklungsplanung als Mittelzentrum zur Versorgung von 50.000 bis 100.000 Einwohnern dienen. Das bedeutet die Verpflichtung, vielfältige Einrichtungen der Versorgung vorzuhalten bzw. die planungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Die Planungen haben Eingang gefunden in den Gebietsentwicklungsplan „Teilabschnitt Hochsauerlandkreis“. Der Flächennutzungsplan ist weitere Grundlage für die innerstädtische Entwicklung.

Die vorhandene Bauleitplanung ist unter Berücksichtigung ökologischer Belange nach heutigem Kenntnisstand zu überprüfen und fortzuschreiben.

Vordringlich ist die Sicherung und die Neuschaffung qualifizierter Arbeits- und Ausbildungsplätze. Die Betriebe sind schwerpunktmäßig in den in allen Stadtteilen ausgewiesenen Gewerbegebieten anzusiedeln.

Im Flächennutzungsplan sind in allen Stadtteilen ausreichende Flächen für Wohnbebauung vorzusehen. Daneben muß jedoch auch in den kleineren Ortschaften eine weitere Bebauung ermöglicht werden. Das darf aber nur gestattet werden, wenn die Ver- und Entsorgung gesichert ist und eine Zersiedelung der Landschaft vermieden wird.

Ziel der Flächenausweisung für Wohnbebauung soll es sein, daß durch grundstücksparende Bauweisen einer breiten Bevölkerungsschicht die Möglichkeit eröffnet wird, Wohneigentum zu schaffen.

Bestehende Wohngebiete sollen durch Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung und Verkehrsberuhigung so gestaltet werden, daß die Gefährdung von Kindern, älteren Menschen, Behinderten und Radfahrern gemindert wird.

Als Kreisstadt des Hochsauerlandkreises hat die Stadt Meschede besondere Verpflichtungen. Insbesondere müssen die Einrichtungen verschiedener Verwaltungen städtebaulich gut integriert werden.

VI. Ausländer-unsere Mitbürger

Zur Integration der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländer in unsere Gesellschaft gibt es keine Alternative. Sozialdemokraten setzen sich dafür ein, daß in den Kommunen, in Kirchen und Verbänden die Rahmenbedingungen geschaffen werden, um eine politische, ökonomische und rechtliche Gleichstellung der Ausländer zu erreichen.

Zweite Staatsbürgerschaft

Den Grad der Integration müssen die ausländischen Mitbürger jeweils selbst frei bestimmen können. Sozialdemokraten suchen die kulturelle Begegnung mit Ausländern, um einander besser zu verstehen und die Pflege der kulturellen Eigenarten besser unterstützen zu können. Vereinfachte Möglichkeiten zur Erlangung der doppelten Staatsbürgerschaft können hierbei den Prozeß der Integration wirkungsvoll unterstützen.

Kommunalwahlrecht für Ausländer

Das im Maastrichter Vertrag vorgesehene Kommunalwahlrecht für alle EG-Bürger muß schnellstmöglich umgesetzt werden. Bis zu einer Änderung des Grundgesetzes, die ein kommunales Wahlrecht auch für Mitbürgerinnen und Mitbürger aus anderen Staaten zulassen wird, ist deren politische Beteiligung an der Kommunalpolitik durch die Bildung von Ausländerbeiräten und die Wahl ausländischer sachkundiger Einwohner in die Ausschüsse der Rate und Kreistage sicherzustellen.

Gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus

Sozialdemokraten werden allen Anzeichen von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus entgegenzutreten und sich für ein Miteinander in einer offenen Gesellschaft einsetzen. Hierfür bietet gerade die Kommunalpolitik ausreichend Gelegenheit. Die Förderung der Begegnung in allen Bereichen und Einrichtungen der Gemeinde trägt dazu bei, durch gegenseitiges Verstehenlernen zu einem produktiven Miteinander zu gelangen.

VII. Politik für die junge Generation

Jugendpolitik bedeutet für Sozialdemokraten die Förderung und Anregung von Angeboten und Einrichtungen, die junge Menschen befähigen, ihre Interessen zu erkennen, zu artikulieren und sie in allen Lebensbereichen wahrzunehmen. Dies schließt die verantwortungsbewußte und solidarische Gestaltung der Gesellschaft und der Umwelt ein.

Sozialdemokraten wollen dem jungen Menschen eine Umwelt schaffen, die ihm die Entfaltung seiner ganzen Persönlichkeit, seiner Erkenntnisgewinnung und seiner Fähigkeit zum Umgang mit anderen Menschen erlaubt.

Sozialdemokraten bejahen ausdrücklich eine Vielfalt von Trägern, ebenso eine Vielfalt von Methoden und Inhalten in der Jugendarbeit.

Die Bedürfnisse der Träger in materieller wie finanzieller Hinsicht sind ggf. zu unterstützen. Eine einseitige Gewichtung ist auszuschließen.

Die Stadt Meschede muß Aufgaben über den bisherigen Rahmen hinaus übernehmen. Es ist zu prüfen, ob die Stadt ein Jugendamt einrichtet oder Teilaufgaben eines Jugendamtes übernehmen kann.

Weiterhin werden sich die Sozialdemokraten um folgende Problemlösungen bemühen:

- Schaffung und Förderung von Angeboten für nicht organisierte Jugendliche.
- Keine Eingriffe der Stadt in die autonome Arbeit freier Träger.
- Angemessene Bezuschussung der Jugendarbeit freier Träger.
- Schaffung und Förderung von Angeboten in den einzelnen Stadtteilen (Nicht nur zentrale, sondern auch dezentrale Jugendarbeit).
- Schaffung und Förderung bedürfnisgerechter Spielplätze.
- Einrichtung von Bolzplätzen.
- Einrichtung eines Stadtjugendringes.

Mehr Betreuungshilfe

Es müssen weitere Kindergärten entstehen, damit allen Kindern ein Platz in einer Einrichtung angeboten werden kann. Zur Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz ist allerdings eine stärkere Bundes- und Landesförderung unerlässlich. Für die unter drei- und über sechsjährigen Kinder muß ein bedarfsgerechtes Angebot an Tageseinrichtungen geschaffen werden. Durch Intensivierung der kommunalen Vermittlung von Tagespflegestellen kann die Lücke zwischen Erziehungsurlaub und Kindergartenbetreuung leichter überbrückt werden.

Weitere Maßnahmen sind:

- Ausbau der Ganztagsbetreuung für schulpflichtige Kinder in Form von Horten als eigenständige Einrichtungen der außerschulischen Kinder- und Jugendbetreuung oder als Einrichtungen im Jugendfreizeitbereich.
- Kooperation von Schule und Jugendarbeit mit dem Ziel der Anregung zu gesellschaftlicher Beteiligung und der Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung über den eigenen individuellen Bereich hinaus.
- Intensivierung der Zusammenarbeit von Schule und Jugendarbeit auch durch offene Spielangebote (Spiel(platz)häuser, Spielstuben, -Gruppen, -kreise).
- Ausbau von weitgehend selbstbestimmten Räumen der offenen Kinder- und Jugendarbeit und ihre Orientierung auf nationalitätenübergreifende Solidarität und Akzeptanz kultureller und ethnischer Vielfalt.
- Schaffung von Ganztagsangeboten im schulischen Bereich.
- Die Präventionsarbeit gegenüber Drogen- und Alkoholkonsum, anderen Süchten und Sekten muß verstärkt werden. Es gilt, geeignete Instrumente zu entwickeln, um der zunehmenden Gewaltbereitschaft entgegenzuwirken.

VIII. Auf die Schule kommt es an.

Sozialdemokratische Ziele in der Bildungspolitik sind nach wie vor:

- die staatliche Verantwortung für das Bildungswesen zu bejahen und wahrzunehmen,
- gleiche Bildungschancen für alle zu erreichen,
- das pädagogische Prinzip der Förderung statt der Auslese durchzusetzen,
- den Eltern für ihre Kinder die freie Wahl von Bildungsgängen und Abschlüssen zu garantieren, die in unterschiedlichen Schulformen angesiedelt sind, das Schulangebot qualitativ hochwertig, ortsnah und vielfältig zu erhalten,
- Bildungsgänge durchsichtig zu formen.

Wir haben in Meschede ein breiten Angebot von allgemeinbildenden und beruflichen Schulen.

In Meschede besteht die Abteilung der Universität Gesamthochschule Paderborn.

Für alle Schulformen gilt:

Die Integration von Schülerinnen und Schülern unterschiedlicher Muttersprache und unterschiedlicher ethnischer Herkunft muß weiter vorangebracht, Toleranz und gegenseitiges Verständnis können durch neue Formen interkulturellen Lernens erreicht werden. Dazu bedarf es einer Überarbeitung der Lehrpläne. Alle Schulformen müssen hier einbezogen werden. Es ist zu prüfen, inwieweit andere Sprachen, z.B. Türkisch, als zweite Fremdsprache für alle angeboten werden können.

Nicht der Erhalt einer einzelnen Schulform, sondern die Sicherung des Bildungsangebotes insgesamt soll Aufgabe der Schulträger sein. Wichtiger als die abstrakte Auseinandersetzung um Schulsysteme und Schulformen ist die Gestaltung der Schullandschaft vor Ort.

Kooperation zwischen verschiedenen Schulformen und Koordination der Beteiligten wird in Zukunft wichtiger denn je. Dies gilt für alle Schulformen. Die Landesregierung hat hierzu die rechtlichen Regelungen zu schaffen.

Das bildungspolitische Ziel der Mescheder SPD richtet sich auf die Stärkung der einzelnen Schulen. Kinder und Jugendliche, Lehrerinnen und Lehrer und Eltern müssen die Möglichkeit haben, innerhalb ihrer Schulform ihrer Schule eine eigene Identität zu geben.

Wir setzen uns für den Erhalt eines dichten Netzes von Grundschulen ein. Grundschulkindern sollen möglichst zu Fuß zur Schule gehen können.

Für die unmittelbare Wohnumgebung ist die Grundschule ein wichtiger Faktor im gesellschaftlichen Leben.

Die Situation der Hauptschulen ist unterschiedlich. Die Schülerzahlen sind rückläufig. Wenn Hauptschulen fortbestehen, muß ihre Leistungsfähigkeit erhalten oder gesichert werden, denn sie müssen Schülerinnen und Schüler, die unter besonders schwierigen Rahmenbedingungen lernen, unterrichten. Hier leisten sie für deren Integration Erhebliches.

Wir sprechen uns für offenere Rahmenbedingungen aus, um dem Schulträger schul- und schulformübergreifende flexible Lösungen -je nach Situation vor Ort - zu ermöglichen. Wir wollen die Realschulen bei der Aufgabe unterstützen, schuleigene Schwerpunkte zu entwickeln und sich auf ihre veränderte Schülerschaft pädagogisch vernünftig einzustellen.

Das Gymnasium hat sich zu einer Schulform entwickelt, die den größten Anteil aller Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I aufweist. Deshalb muß die Öffnung der Gymnasien auf eine konzeptionell breite Basis gestellt werden.

Um in unserer Stadt möglichst viele Fächer in der gymnasialen Oberstufe anbieten zu können, sollen die einzelnen Oberstufen ein verlässliches, aber unterschiedliches Fächerangebot entwickeln. Dabei sollen sie zur Sicherung der Leistungsfähigkeit und im Interesse einer flexibleren Schulentwicklungsplanung konstruktiv zusammenarbeiten. Die Landesregierung hat die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen. Wir setzen auf Kooperations- und Abteilungslösungen.

Die gesellschaftliche Aufgabe, behinderte Kinder und Jugendliche zu integrieren, soll in der Primarstufe verstärkt und in der Sekundarstufe 1 in dem dort möglichen Umfang fortgesetzt werden. Sonderschulen werden und müssen allerdings fortbestehen. Große Bedeutung hat die Förderung behinderter und lernbeeinträchtigter Jugendlicher in den beruflichen Schulen.

Wir setzen uns für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen beruflicher Bildung, Gesamthochschule und Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges ein.

Es ist zu prüfen, inwieweit Ganztagsangebote und Halbtagsangebote (an Grundschulen) von den Eltern gewünscht werden. Dabei sind enge Kooperationen zwischen Schule und Jugendhil-

fe, aber auch mit Sportvereinen und Einrichtungen der Kulturförderung notwendig.

Die Abteilung Meschede der Universität Gesamthochschule Paderborn hat immer die Unterstützung der Mescheder SPD gefunden. So ist mit unserer Hilfe das TIZ (Technologie- und Informationszentrum) erstellt worden.

Das Konzept der Mescheder Hochschule - Technologietransfer, Informationstransfer und Weiterbildung - ist ein in die Zukunft gerichtetes Programm, das für die ganze Region Ausstrahlungskraft besitzt. Wir setzen uns für einen weiteren Ausbau der Hochschule und für die Einrichtung neuer Studiengänge ein, die der Weiterentwicklung dienen.

XI. Kultur und Freizeit

Mehr Zeit für Kreativität

Mit der Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit vergrößert sich die verfügbare Zeit für freibestimmte Tätigkeiten. Diese gewonnene Zeit darf nicht nur der Freizeitindustrie überlassen werden.

Es muß für alle möglich werden, nach eigener Wahl kreativ zu sein- Die Gesellschaft muß dafür die Voraussetzungen verbessern.

Wachsende Freizeit vermehrt die Möglichkeiten zu eigener kultureller Tätigkeit, In ihr entfalten sich geistige und emotionale Fähigkeiten, Phantasie und Kreativität, in ihr bilden sich Werte, Bilder und Denkmuster heraus, die auch die Zukunft unserer Demokratie bestimmen. Die SPD will kritisches Bewußtsein fördern, zu aktiver und solidarischer Lebensgestaltung anregen, persönliche und gesellschaftliche Emanzipation voranbringen.

Förderung von Stadtteilkultur

Kultur wird für die meisten Menschen in ihren Städten und Gemeinden erfahrbar. Kommunale Kultur erweist sich im zivilisierten Umgang und solidarischen Miteinander von Menschen am Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft, bei der Diskussion öffentlicher Belange und im geselligen Beisammensein.

Kunst muß Sache möglichst vieler Menschen werden. Hindernisse beim Zugang zu Kunst und Bildung will die SPD abbauen.

Verständnis, Achtung und Zusammenarbeit

Kulturelle Vielfalt bereichert uns. Daher wollen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten alles tun, was Verständnis, Achtung und Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Nationen und Kulturen fördert, Integration und Teilhabe ermöglicht In gleicher Weise wollen wir die Heimatpflege fördern. Die Leistungen der Heimatvereine bereichern unsere kulturelle Landschaft.

Wir wollen, daß sich unterschiedliche Milieus und Teilkulturen einander aussetzen. Widerspruch und Provokation sind Ausdruck kultureller Vitalität.

Durch die Förderung von Projekten und Initiativen der „freien Kultur“ soll auch in unserer Stadt die Voraussetzungen für die Teilhabe aller Menschen an Bildung und Kultur geschaffen werden.

Kinder- und Jugendkultur

Für die SPD liegt in Zukunft ein bedeutender Schwerpunkt im Bereich der Kinder-und Jugendkultur. Unsere Kinder sind zunehmend einer gesellschaftlichen Kälte ausgesetzt, die sich in wahllosem Medienkonsum, technisiertem Spielzeug, mangelnder Kommunikation und familiärer Isolation manifestiert. Diese Entwicklung bringt Mangelerscheinungen hervor, denen durch kreativitäts- und phantasiefördernde Angebote entgegengewirkt werden muß. Voraussetzung

dafür ist eine verstärkte Vernetzung aller kulturpädagogischen Einrichtungen einer Kommune (- zum Beispiel Kulturamt, Jugendamt, Musikschule, Kunstschulen und Schulen). So kann gezielt und auf breiter Basis für Kinder und Jugendliche der notwendige Raum für authentische kulturelle Erlebnisse geschaffen werden. Diese Erfahrungen in möglichst frühem Alter sind Grundlage für Verständnis, Toleranz, Einfühlungsvermögen, Geduld und Konzentrationsfähigkeit.

Internationale Kulturvielfalt

Zu den Prioritäten kulturpolitischen Handelns gehört es für die SPD, die nationale und internationale Kulturvielfalt in einer Kommune darzustellen und sie als unsere gegenwärtige Kulturlandschaft deutlich zu machen. Dies ist besonders notwendig in einer Zeit, in der Respekt vor dem fremden Menschen mit anderer Hautfarbe, Religion, Gesinnung verlorengeht und in der Aggressionsgrenzen durchbrochen werden.

Im einzelnen werden sich Sozialdemokraten um folgende Problemlösungen bemühen:

- Kulturelle Angebote für Kinder, Jugendliche und Senioren.
- Fortentwicklung der Stadtbücherei zu einer Mediothek.
- Verbesserung der Arbeit der Volkshochschule.
- Pflege von Kultur- und Baudenkmalen.
- Angemessene Bezuschussung vorhandener Kultureinrichtungen.
- Langfristige Schaffung von kulturellen Treffpunkten in allen Stadtteilen.
- Erhaltung der Musikschule.

Freizeit

Freizeit und Erholung sind zu einem zentralen Bedürfnis geworden. Freizeitmöglichkeiten machen einen wesentlichen Teil der Qualität des Lebens aus.

Dies betrifft nicht nur Erwachsene, sondern auch Kinder und Jugendliche.

Es ist eine politische Aufgabe der Stadt, Angebote, die nicht unbedingt kommerzieller Art sind, für die Freizeit zu schaffen. Vereine haben im gesamten Freizeitangebot unserer Stadt eine besondere Stellung.

Zu berücksichtigen ist aber, daß sich nicht alle Bürger in Vereinen organisieren oder auf deren Freizeitangebot zurückgreifen wollen.

Aufgrund fehlender Freizeitmöglichkeiten ist zu beobachten, daß sich immer mehr Bürger in den ausschließlich privaten Bereich zurückziehen.

Hierdurch wird eine intensive Kommunikation der Bürger untereinander weitgehend verhindert.

Im einzelnen werden sich Sozialdemokraten um folgende Problemlösungen bemühen:

- Schaffung von Freizeiteinrichtungen in den Außenbezirken.
- Öffnung der Schulhöfe sowie deren freizeitgerechte Ausstattung.
- Öffnung eines Sportplatzes für die nicht in Vereinen organisierten Bürger in der Kernstadt Meschede
- Verbesserung der Öffnungszeiten der Schwimmbäder.
- Herausgabe eines städtischen Freizeitberaters.
- Keine weiteren Konzessionen für Spielhallen.

Kommerzielle Freizeiteinrichtungen werden von der Stadt nicht gefördert.

X. Sport prägt Menschen und Gesellschaft

Sport kann und soll einen Beitrag zur Lösung sozialer Probleme im kommunalpolitischen Bereich erbringen. Feststellbar sind Veränderungen in den vielfältigen Formen des menschlichen Zusammenlebens. Zu beobachten ist zum Beispiel einerseits eine Umorientierung des Lebensstils zu individueller Freizeitbeschäftigung, andererseits ein stetiges Abnehmen der Bereitschaft zur Übernahme gesellschaftlicher Verpflichtungen.

Sportentwicklung ist Teil der Stadtentwicklung

Tatsache ist, daß auf den Strukturwandel in der Gesellschaft, auf das veränderte ökologische Denken und auf die einschneidenden ökonomischen Veränderungen reagiert werden muß. Dies kann nur bewältigt werden, wenn bei einer neuorientierten und flexiblen Stadtentwicklungsplanung auch den Belangen des Sports Rechnung getragen wird.

Dabei ist es unabdingbar, daß neue Sportentwicklungskonzepte die veränderte soziale Entwicklung berücksichtigen. Die kommunale Sportpolitik übernimmt die Aufgabe, sich in sozialer Verantwortung stärker als bisher um die gesellschaftlichen Gruppen zu bemühen, die sich im organisierten, im nichtorganisierten, im kommerziellen und schulischen Sport wiederfinden.

Eine Gewichtsverschiebung ergibt sich dadurch, daß der heutige Freizeitsport sich tatsächlich immer mehr als nichtorganisierter Sport darstellt. Mehr als die Hälfte aller Sportaktivitäten wird privat organisiert und durchgeführt, d.h. ohne fachliche und sonstige Sportanbieter.

Unterstützung für innovative Vereine

Die Pflege und Förderung des Sportes kann heutzutage nicht mehr allein als abgegrenzte Fachpolitik verstanden und gestaltet werden. Es gibt Wechselwirkungen zwischen Sport- und Bildungspolitik, Sport- und Sozialpolitik, Sport- und Stadtentwicklungsplanung und vor allem zwischen Sport- und Freizeitpolitik.

Vereine sind in auch in Meschede nach wie vor wichtige Träger einer echten Gemeinschaftskultur. Auch neue Formen für ein Vereinsleben, wie sie besonders mit dem Aktionsprogramm Breitensport in Nordrhein-Westfalen initiiert worden sind, müssen möglichst vielen Menschen eine regelmäßige Teilnahme am Sport (Eigeninitiative) ermöglichen. In einer Gesellschaft, in der sich Individualität vor Gemeinwohlorientierung schiebt, können Sportvereine einen Ort gelebter Solidarität bilden. Besonders hier ist Sport auch aktive Jugendarbeit.

Vereine, die von sich aus innovativ am Ort tätig werden, sollten von den Kommunen unterstützt werden. Das gilt ebenso für die Kooperation und Zusammenarbeit von Vereinen untereinander. Besondere Hilfe sollte allen Formen des Behindertensportes zuteil werden.

Moderne Spielkultur gegen Passivität

Eine gezielte Jugendförderung im Sport ist durchaus eine Präventivmaßnahme gegen die allgegenwärtige Gewaltbereitschaft. Denn Inhalte, Hilfe zur Identitätsfindung und Sinngebung sind in einer sich sinnentleerenden, nur noch auf Konsum ausgerichteten Zeit kostbar. Sport kann hier einen Beitrag zu positiv prägender Gesellschaftspolitik leisten.

Sport hat sich gerade in schwierigen Zeiten immer auch am Gemeinwohl orientiert.

Sozialdemokratische Sportpolitik wird einen Beitrag dazu leisten, daß dies auch in Zukunft so bleibt.

In der Stadt Meschede ist ein breit gefächertes Angebot im sportlichen Bereich vorhanden. Sozialdemokraten werden sich bemühen, dieses Angebot zu sichern, so daß für jeden Bürger die Möglichkeit gegeben ist, sich nach seinen Neigungen und Fähigkeiten sportlich zu betätigen.

Im einzelnen setzen sich Sozialdemokraten für folgende Problemlösungen ein:

- Bevorzugte Förderung des Breitensportes, aber auch Förderung des Leistungssportes durch die Stadt.

- Verbesserung der sportlichen Einrichtungen (Sportplätze, Turnhallen, Lehrschwimmbecken) nach dem Sportstättenleitplan.
- Öffnung der Sportplätze für alle Bürger, soweit sie zeitlich nicht durch Schulen und Vereine genutzt werden.
- Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Schulen und Sportvereinen.
- Herausgabe einer Broschüre über das Sportangebote in der Stadt Meschede.

I. Grundsätze	1
Haushaltssicherung - Die Herausforderung der 90er Jahre	1
II. Wirtschaften in sozialer und ökologischer Verantwortung	2
Den strukturellen Wandel nutzen	2
Gezielte Förderung der Umwelttechnik	3
Einsatz für Frauenarbeitsplätze	3
Lokale Beschäftigungsinitiativen	3
III. Bewährungsprobe für den Sozialstaat	3
Ausgrenzung verhindern - Gewalt stoppen	3
Offen für die „jungen Alten“	4
Hilfe zur Selbständigkeit	4
Altersgerechte Wohnformen	4
Erprobung neuer Wohnformen	5
Unterstützung für pflegende Angehörige	5
Schaffung neuer Pflegeheimplätze	5
Förderung der Selbsthilfe	5
IV. Umwelt	6
1. Mensch und Umwelt gehen vor	6
Verkehrsberuhigung auch mit geringerem Aufwand	6
Mehr Güter auf die Schiene	6
Verkehr	7
Beteiligung der Bürger	7
2. Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen	7
Naturschutz als Daseinsvorsorge	8
Ökologische Erneuerung vor Ort	8
Umweltschutz im ländlichen Raum	8
Kraftanstrengung Gewässerschutz	9
3. Vorrang für Abfallvermeidung	9
Energie und Ökologie	9
Sanfter Tourismus und Aufklärung	10

V. Mehr Wohnraum - mehr Lebensqualität _____	10
Ausreichender Wohnraum zu bezahlbaren Preisen _____	11
Neues Bauland wird benötigt _____	11
Mehr Wohnraum - mehr Lebensqualität _____	11
Auf Investoren zugehen _____	11
Ökologisches und energiesparendes Bauen _____	12
Zukunftsorientierte Städteplanung _____	12
VI. Ausländer-unsere Mitbürger _____	13
Zweite Staatsbürgerschaft _____	13
Kommunalwahlrecht für Ausländer _____	13
Gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus _____	13
VII. Politik für die junge Generation _____	13
Mehr Betreuungshilfe _____	14
VIII. Auf die Schule kommt es an _____	16
XI. Kultur und Freizeit _____	17
Mehr Zeit für Kreativität _____	18
Förderung von Stadtteilkultur _____	18
Verständnis, Achtung und Zusammenarbeit _____	18
Bedrohung durch wachsende Ängste _____	18
Zukunftsinvestition in die Menschenwürde _____	
Kinder- und Jugendkultur _____	16
Internationale Kulturvielfalt _____	19
Freizeit _____	19
IX. Sport prägt Menschen und Gesellschaft _____	20
Sportentwicklung ist Teil der Stadtentwicklung _____	20
Unterstützung für innovative Vereine _____	21
Moderne Spielkultur gegen Passivität _____	21